

Verantwortliche
Redakteure.

Für den politischen Theil:
G. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
J. Hachfeld,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 572

Dienstag, 18. August.

1891

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausbesseren der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schlagspaltene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, Gek. Ad. Salsch, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Bretterstr. 1. Ede, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmstraße 8, in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rudolf Klose, Haasenklein & Fogler A.-G., G. J. Dautz & Co., Invalidenauk.

Amtliches.

Berlin, 17. August. Der König hat dem Kommerzienrath Leo Molinari zu Breslau den Charakter als Geheimer Kommerzienrath und dem Fabrikbesitzer Schmidt in Guben den Charakter als Kommerzienrath verliehen.

Deutschland.

Berlin, 17. August.

— Sogar dem Abgeordneten Grafen Kanitz, dem Majoratsherrn mit den geklärten Strohähren und bekannten agrarischen Redner, welcher noch am 11. Juni die freisinnigen Anträge in der Richtung der Zollsuspension auf das Festigste bekämpfte, wird angesichts des russischen Ausfuhrverbots jetzt angst und bange. In einer Zuschrift an die „Bank und Handelszeitung“ über die Bedeutungslosigkeit eines Ausfuhrverbots für Kartoffeln wirft Graf Kanitz die Frage auf, ob „sich die Situation seit dem 12. Juni nicht derartig verschoben hat, daß der Gedanke einer Suspension der Getreidezölle wiederum in Erwägung zu ziehen sein würde.“ Da Rußland, der gefährlichste Konkurrent der deutschen Landwirtschaft, seinen Wettbewerb durch das Roggenausfuhrverbot für die nächste Zukunft erheblich beschränkt habe, so dürfe

„man allerdings die Frage stellen, ob nicht, um einem zu hohen Anwachsen der Getreidepreise vorzubeugen, eine Zollerleichterung ohne Rücksicht für die Landwirtschaft gewährt werden könnte. Die Getreidepreise sind zwar — wie gesagt — augenblicklich noch nicht so hoch, daß man von einem Nothstand sprechen könnte, aber sie werden voraussichtlich noch steigen, nicht bloß wegen unserer unzureichenden, durch das schlechte Erntewetter noch geschwächten Getreideernte, sondern wegen der mangelnden Zufuhr aus Rußland, welches uns bisher mehr als 70 Prozent des Roggenimports geliefert hat. Ein zu hohes Anschwellen der Preise aber wünsche ich als gemäßigter Schutzzöllner nicht, ich erblicke darin vielmehr eine ernste Gefahr für den Bestand eines gesunden Schutzsystems. Sollte also höheren Orts dem Gedanken einer Zollsuspension näher getreten werden, so bin ich nach wie vor bereit, derselben zuzustimmen. Freilich kann ich diese Bereitwilligkeit einstweilen nur für meine Person aussprechen, nicht für meine Fraktionsgenossen.“

Am Schluß des Artikels bemerkt dann Graf Kanitz noch Folgendes:

„In welcher Weise die schwierige Frage zu lösen ist, das heute auszuführen, würde um so mehr ein verfrühtes Beginnen sein, als von einer etwaigen Absicht des Bundesraths, an die Zollsuspension heranzutreten, noch nichts bekannt geworden ist. Diese höheren Entscheidungen, wenn sie überhaupt kommen, werden jedenfalls abzuwarten sein.“

Das heißt also: Allah weiß es besser! Dieses Zuschieben der Entscheidung von einem auf den andern, ohne im Stande zu sein, selbst ein durchgreifendes Mittel der Abhilfe vorzuschlagen, kennzeichnet, meint die „Freis. Ztg.“ sehr richtig, die ganze Rath- und Hilflosigkeit der Agrarier gegenüber der gegenwärtigen Lage. — Nur die vollständige Aufhebung der Kornzölle ohne Zeitbeschränkung kann gegenwärtig noch durchgreifenden Nutzen bringen.

Eine zweite Erklärung veröffentlicht Graf Kanitz in der „Kreuztg.“ Der Graf scheint tatsächlich immer unruhiger zu werden unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Er will gar keine Änderungen der Getreidezölle durch einen Handelsvertrag; er meint, man könne die Getreidezölle nicht auf zwölf Jahre im Voraus festlegen, weil die Getreidepreise einmal beträchtlich in die Höhe geschneit werden könnten. Graf Kanitz scheint seltsamer Weise zu glauben, daß der Handelsvertrag die deutsche Regierung verpflichtete, Zölle in irgend einer Höhe aufrecht zu erhalten. — Graf Kanitz aber folgert, daß Rücksichten auf den deutsch-österreichischen Handelsvertrag nicht zur Geltung kommen dürften. Die Preise seien auf eine bedauerliche Höhe gestiegen, bei der eine längere Aufrechterhaltung der Getreidezölle in der That kaum angängig sei. „Diesem Zustande durch baldigen Erlaß einer Maßregel, welche auf die Dauer doch schwerlich aufzuhalten sein wird, ein Ende zu machen, kann nicht dringend genug empfohlen werden.“ Seit 1816 hätte nur sechs Mal der Roggen in Preußen über 200 Mark gestanden. Der heutige Roggenpreis stehe weit über dem Niveau, welches der eifrigste Freund des Schutzzollens wünschen könne. Jetzt seien alle Gründe, welche unter normalen Verhältnissen den Zoll zum Schutze des landwirtschaftlichen Gewerbes gebieterisch erfordern, für dieses Jahr durch die Mägennte Rußlands und gleichzeitig unter dem Mittel bleibende Ernte anderer Länder, außer Kraft gesetzt. Die Regierung möge sich durch keine Rücksichten abhalten lassen, die nöthigen Maßregeln zur Erleichterung der Getreideeinfuhr in Vollzug zu setzen. Die Verhältnisse liegen jetzt eben anders als im Juni d. J.; damals konnte das ablehnende Verhalten der Regierung nur gebilligt werden (?), jetzt ist durch das russische Ausfuhrverbot eine neue Situation geschaffen, für welche die damaligen Argumente wohl kaum noch passend erscheinen dürften!

— Vorstehende Ausführungen des Grafen Kanitz passen zu den Erklärungen der Regierung im „Reichsanzeiger“ genau wie die Faust auf das Auge.

— Die neueste preussische Statistik der Lebensmittelpreise für den Monat Juli ist zwar durch die Preisbewegung, welche das russische Ausfuhrverbot veranlaßt hat, bereits überholt, aber sie bietet bei einer Vergleichung der diesjährigen Zulipreise mit den Zulipreisen früherer Jahre doch ein hervorragendes Interesse. Es stellten sich nämlich seit dem Jahre 1876, bis zu welchem die preussische Preisstatistik auf denselben Grundlagen zurückreicht, die Zulipreise folgendermaßen:

Durchschnittspreise im Monat Juli pro Tonne (1000 Mgr.)	Weizen	Roggen	Erdartoffeln
1876	213	175	72,5
1877	250	189	88,0
1878	210	144	58,5
1879	197	141	73,0
1880	225	199	76,0
1881	219	204	74,5
1882	222	163	55,0
1883	189	148	77,5
1884	184	154	60,0
1885	170	147	57,5
1886	160	136	48,5
1887	181	129	62,5
1888	172	129	57,0
1889	180	151	56,0
1890	202	169	53,4
1891	232	212	89,3

Hieraus ergibt sich, daß während des ganzen 16jährigen Zeitraums die Roggenpreise und die Kartoffelpreise im Juli niemals so hoch gestanden haben, wie in diesem Jahre; der Weizenpreis wird auch nur von dem Weizenpreis i. J. 1877 übertroffen. Bezeichnend für die gegenwärtige Lage ist insbesondere auch der große Unterschied zwischen dem diesjährigen Preise und dem Durchschnittspreis aller vorausgegangenen Jahre bei Roggen. Die einzelnen Jahre des Zeitraums 1876 bis 1890 weisen nicht nur betragsmäßig, sondern auch in zollpolitischer Hinsicht erhebliche Verschiedenheiten auf; es fallen darunter die Jahre der Zollfreiheit von 1876—1879, die Jahre 1880—1885 mit dem Anfangszoll von 10 M., die Jahre 1886 und 1887 mit einem Zoll von 30 M. und die Jahre 1888—1890 mit einem Zoll von 50 Mark. Der Zulipreis für Roggen hat sich im Durchschnitt dieser 15 Jahre auf 158,5 M. pro Tonne gestellt. Wäre der Roggenzoll zeitweise aufgehoben worden und hätte der Preis 1891 demgemäß, unter Abschlag des vollen Zolles, statt 212 M. nur 162 M. betragen, so würde sich der diesjährige Zulipreis für Roggen noch immer um 3½ Mark pro Tonne höher gestellt haben, als der durchschnittliche Zulipreis der Jahre 1876—1890! Die bedeutende Steigerung des Roggenpreises in den letzten Tagen, welche bereits auch in der lokalen Marktpreisstatistik zum Ausdruck kommt, hat das hiermit konstatierte Preisverhältnis noch außerordentlich verschärft. Wenn heute der Roggenzoll gänzlich fallen gelassen würde und der Preis dementsprechend um 50 Mark zurückginge, so würde der Roggenpreis gegenwärtig doch immer noch um 15—20 M. höher stehen, als zu derselben Zeit der Preis im Durchschnitt aller Jahre von 1876—1890 gestanden hat.

— In der Erklärung, welche die Regierung im „Reichsanzeiger“ über ihre Stellung zu der Getreidefrage erlassen hat, heißt es u. a. wörtlich:

Sodann aber ermäßigt sich dieser Nutzen (nämlich einer Preisermäßigung durch Aufhebung der Zölle. D. Red.) naturgemäß umso mehr, je höher die Getreidepreise sind, je niedriger sich also das Verhältnis des Zolles zu ihnen stellt.

Hiernach müßte das Volk also mit den Zöllen um so zufriedener werden, je höher die Getreidepreise steigen. Denn ein Zoll von 50 M. stellt ja bei einem Getreidepreise von nur 125 M. zwei Fünftel, bei einem Getreidepreise von 250 M. dagegen nur ein Fünftel dar. Sonderbar, daß man im Lande dies nicht einsehen will und gerade jetzt über den Zoll um so lebhafter klagt, je höher die Preise steigen. Da müßte am Ende doch selbst bei dem Verfasser solcher Motive der Gedanke aufdämmern, daß dieselben 50 M. Zollzuschlag zum natürlichen Preis um so schwerer aufgebracht werden, je höher sich der natürliche Preis stellt.

— Im Interesse der Volkswohlfahrt, so schreibt die „Freis. Ztg.“, bedauern wir die Entschliebung der Regierung in Sachen der Getreidefrage, vom Standpunkte der Opposition kann diese Versteifung der Regierung in einer unhaltbaren Lage uns nur genehm sein. Die Schwäche der Gründe für ihre Entschliebung muß jedem Unbefangenen die Unhaltbarkeit der Position darthun. Was die Regierung heute noch ablehnt zu thun, das zu thun wird sie binnen nicht zu langer Zeit durch die Macht der Verhältnisse gezwungen werden.

— Die Roggenernte Schleswig-Holsteins, der Kornkammer Norddeutschlands, ist nach der „N. N. C.“ in Folge der anhaltenden trostlosen nassen Witterung als vollständig verloren zu betrachten.

Belgien.

* Der internationale Brüsseler Sozialistenkongreß ist am Sonntag Vormittag 10 Uhr eröffnet worden. Es waren anwesend 300 Delegirte aus Belgien, 170 aus dem Auslande; von letzteren etwa 40 aus Deutschland, 15 aus Oesterreich, 60 aus Frankreich, 25 aus England, 10 aus Holland, 3 aus Italien, 4 aus der Schweiz etc. Nur Portugal und Rußland waren nicht vertreten. Die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie wird bekanntlich durch Bebel, Liebknecht und Singer repräsentirt. Der Vorsitzende des Kongreßkomitees Varenhien begrüßte die Delegirten, indem er ausfuhrte, er hoffe, daß der Kongreß nicht nur theoretische Fragen behandle, sondern daß er daran arbeiten werde, wie sie in die Praxis umzusetzen seien. Alle persönlichen und politischen Fragen sollten vermieden werden. Darauf begrüßte Volders (Brüssel) in seiner Eigenschaft als Sekretär der sozialdemokratischen Arbeiterpartei den Kongreß. Mittags wurde die Sitzung aufgehoben.

Um 1 Uhr wurde eine Sitzung eingeschoben, die hervorgerufen wurde durch das Verlangen der Anarchisten, am Kongreß theilzunehmen. Dieses Verlangen rief eine heftige Debatte hervor, an deren Schluß die Nichtzulassung der Anarchisten und Absehung aller lediglich belgischen Fragen beschlossen wurde.

Die zweite Sitzung begann Sonntag Nachmittag gegen 3 Uhr. Die deutschen Delegirten wählten als Vertreter im Bureau des Kongresses Singer zum Präsidenten, Liebknecht zum Sekretär, dann Auerbach, Lux, Wolfenbühl, Otto-Walster. Der provisorische Präsident Volders richtete die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Anwesenheit der großen Zahl von parlamentarischen Abgeordneten. Es seien zugegen 16 Mitglieder des deutschen Reichstages, 7 französische Deputirte, ein rumänischer, ein früherer holländischer und ein früherer belgischer Deputirter. Baillant und Singer wurden durch Affirmation zu Präsidenten gewählt. Baillant führte in seiner Ansprache aus, man sei versammelt, um sich gegen das Komplott der Regierungen zu richten, welche den friedlichen Bestrebungen des internationalen Sozialismus entgegenarbeiten wollen. „Wir müssen den Weltfrieden aufrecht erhalten, welcher hier symbolisirt wird durch die Anwesenheit der deutschen Delegirten, welche Seite an Seite mit den französischen zusammenstehen. Der Wille des Kongresses ist hierdurch richtig ausgedrückt: Frankreich und Deutschland reichen sich die Hand, um den Völkern Frieden aufrecht zu erhalten, welcher allein die Verwirklichung der humanen Bestrebungen des Sozialismus ermöglicht.“ Singer paraphrasirte die vorige Rede und schloß mit einem dreifachen Hoch auf die sozialistische Demokratie und das Proletariat aller Länder. — Volders-Brüssel erklärte, der Sozialismus lasse sich nicht mehr fördern durch Fragen der Nationalität oder des Patriotismus, welche nur erfunden zu sein scheinen, um den internationalen Frieden zu schädigen. Ein belgischer Anarchist protestirte im Namen der Freiheit gegen die Ausschließung der Anarchisten. Die „Trades Unions“ seien zum Kongresse eingeladen worden, ohne mehr sozialistisch zu sein als die Anarchisten. Volders-Brüssel antwortete, die Trades Unions seien vollkommen sozialistisch. Die Anarchisten würden ausgeschlossen, weil sie Dynamit zur Durchführung ihrer Ideen anwenden wollten. „Wir sind hier“, sagte Volders, „um den Staat zu erobern und uns desselben für den Sozialismus zu bedienen. Die Trades Unions lassen wie wir eine Arbeiter-Organisation und ein Eingreifen des Staates zu.“

Des weiteren schritt der Kongreß zur Verifizierung der Mandate. Für ungültig erklärt wurde ein von holländischen Anarchisten erteiltes Mandat.

Lokales.

Posen, den 18. August.

—b. Herr Landwirtschafts-Minister v. Seyden weilte auf der Durchreise gestern für einige Stunden in unserer Stadt und fuhr mit dem Nachtfuhrerzug nach Berlin.

—b. Herr Polizei-Direktor v. Nathusius hat einen mehrwöchentlichen Urlaub angetreten. Während seiner Abwesenheit ist mit der Leitung der Geschäfte der hiesigen Polizei-Direktion der Regierungs-Assessor Herr Raed betraut.

—b. Diebstahl. Einem hier zur Uebung eingezogenen Vizefeldwebel der Reserve wurde gestern aus seiner verschlossenen Wohnung in Versteck ein Hundertmarkstück gestohlen.

* Aus dem Polizeibericht vom Montag. Verhaftet: ein arbeitsloser Bildhauer wegen Bettelns. Als herrenlos in Polizeigewahrsam genommen: ein Wagen auf der Schloßstraße. Gefunden: eine Hakearbeit, ein langes Messer.

Aus der Provinz Posen

und den Nachbarprovinzen.

o Zduny, 17. Aug. [Brand.] Am 1. August d. J. brannte das zum Gutsbezirk Konarzewo gehörige Forsthaus „Zum letzten Grochen“ total nieder. Es wurde Brandstiftung vermutet. Gestern früh um ¼ 4 Uhr bemerkte nun der vom Brande betroffene Förster Totarski auf seinem Patrouillengange ein in Konarzewo aufgehendes Feuer und gleichzeitig eine von Konarzewo kommende Frauensperson, die eine recht schnelle Gangart annahm und sich dadurch verdächtig machte. Er hielt sie an und fragte sie, wofin sie sich begeben; als er hierauf ungenügende Antwort erhielt, sagte er ihr auf den Kopf zu, daß sie das eben aufgehende Feuer angelegt habe; sie wurde verlegen und verwirkelte sich über den Grund ihrer Abwesenheit in Konarzewo in solche Widersprüche, daß T. sie sofort festnahm und der Ortsbehörde zur Inhaftierung übergab. Bei seiner Ankunft in Konarzewo stand ein zum Dominium gehöriges Komornikhaus in Flammen, welches total niederbrannte. Als erste auswärtige Spähe war die der Stadt Zduny erschienen, konnte aber bei dem starken Feuer zur Erhaltung des Gebäudes nichts mehr beitragen. Dem zur Stelle gekommenen Gendarmen

nd Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder & Comp. (A. Köstel) in Bielefeld.